

IX. Internationale Solidarität

Wir stehen für eine solidarische Weltordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle Länder schafft. Frieden ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Aber auch ein Ende der Ausbeutung sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards müssen gewährleistet werden.

Die große Weltpolitik fängt zuhause an. Fairer Handel, kritisches Engagement in Bezug auf die Entwicklungsrichtung der EU und Engagement gegen Rüstungsexporte sind nur einige der Arbeitsfelder, in denen wir hier in NRW etwas zu einer besseren Weltordnung beitragen können.

1. Konsequenz für Frieden und Abrüstung

DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Wir treten für Gewaltfreiheit ein, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partner*innen wollen wir Gewalt vorbeugen und Konflikte zivil lösen. Kriegseinsätze, den Bruch des Völkerrechts, Menschenrechtsverletzungen und militärische Logiken im Umgang mit Konflikten lehnen wir ab.

Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens. Es braucht mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt. Frieden gibt es nur, wenn wir soziale, wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen schaffen.

Rüstungskonzerne auf zivile Produktion umstellen

Auch in NRW wird an Kriegen und Krisen kräftig verdient. Große Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und Thyssen-Krupp haben hier ihren Sitz und exportieren Waffen, militärische Drohnen und andere Rüstungsgüter in alle Welt. Mit Erlaubnis der Bundesregierung werden dabei auch autokratische Regimes beliefert, die gegen die Demokratiebewegungen in ihren Ländern mit brutaler Gewalt und Repression vorgehen.

Jede Waffe findet ihren Krieg, wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass keine Waffen im Umlauf sind, statt immer mehr davon zu produzieren. Deshalb wollen wir die Produktion von Rüstungsunternehmen, erforderlichenfalls im Wege der Vergesellschaftung, auf eine zivile Fertigung umstellen.

Was tun?

- *Ein Verbot von Rüstungsexporten auf Bundesebene.*
- *Die Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umstellen.*

Urananreicherung beenden, Atomwaffen abziehen

Die Urananreicherungsanlage Gronau stellt Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke her und eignet sich zur Herstellung hochangereicherter Urans für Atomwaffen. Zivile und militärische Nutzung von Atommaterial lassen sich nicht trennen. In Büchel in der Eifel lagern nach wie vor Atombomben der USA und die Bundeswehr übt im Rahmen der atomaren Teilhabe den Abwurf dieser Bomben. Die USA planen, ihre Atomwaffen zu modernisieren.

Wir wollen die Urananreicherung in NRW stilllegen. Atomwaffen müssen vollständig aus NRW abgezogen werden.

Was tun?

- *Die Urananreicherungsanlage in Gronau stillzulegen und ihre Technologie nicht zu verbreiten oder zu verkaufen.*
- *Das sofortige Ende der Atomwaffenstationierung in Büchel und den jeweils nur 30 km von NRW entfernten belgischen Städten Volkel und Kleine-Brogel.*

Umbau von Militäreinrichtungen für zivile Zwecke

NRW beherbergt einige der wichtigsten Militäreinrichtungen in Deutschland. Kalkar und Uedem am Niederrhein sind Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-Kriegsführung. Von hier wird der gesamte nordeuropäische Luftraum bis nach Russland überwacht, von Geilenkirchen werden Eurofighter und AWACS-Aufklärungsflugzeuge bis an die russische Grenze herangeführt. Kampfdrohnen, deren Anschaffung in Planung sind, können auch von hier gesteuert werden.

Auf dem Truppenübungsplatz im ostwestfälischen Senne werden Kampfeinsätze geübt. Ausgerechnet in der "Friedensstadt" Münster soll das deutsch-niederländische Korps den Hauptteil der sogenannten NATO-Speerspitze Ost bilden. Diese Eingreiftruppe soll innerhalb weniger Tage in Einsatzbereitschaft versetzt werden können. In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach sind die Cyberwar-Spezialisten der Bundeswehr angesiedelt. Die Einheit soll nach der neuen Cyberstrategie der Bundesregierung künftig verstärkt werden. Nicht zuletzt hat das Bundesverteidigungsministerium seinen Sitz auf der Hardthöhe in Bonn.

Was tun?

- *Luftkriegszentren in Kalkar und Uedem schließen.*
- *Entmilitarisierung des Truppenübungsplatzes Senne.*
- *Ende der Beteiligung von Bundeswehreinheiten an der NATO-„Speerspitze Ost“.*
- *Umnutzung aller Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen für zivile Zwecke.*

Nationalpark Senne - Modellprojekt für zivilen und ökologischen Umbau

Die Senne wird seit 1892 als Truppenübungsplatz genutzt. In der Senne werden in künstlichen Kriegsdörfern auch der Häuserkampf für militärische Interventionen in aller Welt geübt. Bereits 1991 hat der Landtag beschlossen, den Truppenübungsplatz Senne nach der Nutzung durch das Militär in einen Nationalpark umzuwandeln.

Der Abzug der britischen Streitkräfte bis 2020 ist die Chance, die Senne endlich zivilgesellschaftlich und ökologisch sinnvoll zu nutzen. Die Landesregierung hält sich im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplan die militärische Teilnutzung offen. Aber nur die vollständige Umwandlung der Senne in einen Nationalpark trägt zur Erhaltung und zum Schutz der dortigen Flora und Fauna bei. Die Umwandlung bietet auch wirtschaftliche Möglichkeiten, die einen Verlust der Arbeitsplätze und der Wirtschaftskraft durch den Abzug der britischen Truppen auffangen können.

Was tun?

- *Vollständige Entmilitarisierung und sofortiger Abbau der Kriegsdörfer in der Senne.*
- *Die Gründung eines Nationalpark Senne auf Landesebene konsequent umsetzen.*
- *Sanierung und Renaturierung der Gebiete, die durch die militärischen Übungen verschmutzt und zerstört wurden.*
- *Konversion der militärischen Einrichtungen durch die Bereiche Bildung, Tourismus, Kultur, Gastronomie sowie Natur- und Landschaftspflege.*
- *Gründung einer Landesagentur Konversion Senne, die die Entmilitarisierung, Sanierung, Renaturierung, die Umschulung von Arbeitnehmer*innen und den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen begleitet und fördert.*

Bundeswehr raus aus Schulen, Jobcentern und anderen Einrichtungen

Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium hat die Bundeswehr in NRW einen bevorrechtigten Zugang zu den Schüler*innen. Anwerbeversuche der Bundeswehr gibt es aber nicht nur hier, sondern auch in Berufskollegs und Arbeitsagenturen, bei Ausbildungsplatzmessen und Jobbörsen

und auf den Straßen und Plätzen in NRW. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierung aus.

Was tun?

- *Kooperationsvereinbarungen des Landes mit der Bundeswehr sofort aufkündigen.*
- *Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben.*

Zivilklausel: Friedliche Forschung an NRW-Hochschulen

Seit 2014 gibt es im NRW-Hochschulgesetz eine Zivilklausel. Damit darf an Hochschulen nicht mehr für Rüstung und Militär geforscht werden. Viele halten sich jedoch nicht an diese Vorgabe. Die Zivilklausel muss konsequent umgesetzt werden. Die Angebote der NRW-Stiftung Umwelt und Entwicklung wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

Was tun?

- *Die Zivilklausel konsequent umsetzen.*
- *Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen.*
- *Vergabe von Landesmitteln für Forschungsförderung nur für zivile Vorhaben.*
- *Friedensdienste, internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften ausbauen.*

Die Umstellung der Rüstungsindustrie ist möglich

Wer heute im Rüstungsbereich arbeitet, wird bei einer Umstellung auf zivile Produktion nicht arbeitslos werden. Die hochqualifizierten Fachkräfte würden den Fachkräftemangel in der zivilen Industrie lindern. Viele der Rüstungsbetriebe sind Mischkonzerne, die Beschäftigte in zivilen Bereichen weiterbeschäftigen können. In die Forschung, Entwicklung und natürlich den Absatz dieser todbringenden Güter fließen Jahr für Jahr Milliarden aus Steuermitteln. Diese könnten anderweitig eingesetzt werden.

Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl mit öffentlichen Geldern als auch durch die betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.

Was tun?

- *Förderung von Rüstungsforschung und der Herstellung von Rüstungsgütern beenden.*
- *Stattdessen Forschung zur Umstellung militärischer auf zivile Produktion.*
- *Paritätisch besetzte Ausschüsse zur Umstellung auf alternative Produktion.*

Landesprogramm zur Umstellung militärischer Standorte

Militärischen Liegenschaften können kommunal für Wohnraum, Sport, Bildung, Kultur oder Gesundheitseinrichtungen genutzt werden. Möglich ist auch eine wirtschaftliche Nutzung durch die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen oder eine touristische Nutzung von Naturreservaten. Die Erfahrung zeigt, dass Kommunen von einer Standortschließung profitieren können, wenn sie sich frühzeitig beteiligen. Kommunen müssen für diese Aufgabe die entsprechende Unterstützung vom Land bekommen.

Was tun?

- *Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung.*
- *Vorrang öffentlicher Nachnutzung bei Standortschließungen militärischer Liegenschaften, unter anderem durch ein Vorkaufsrecht für Kommunen.*
- *Konversionsbeauftragte einsetzen, um in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die Schaffung alternativer Arbeitsplätze zu erarbeiten.*

3. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen

Immer noch werden die EU und ihre Institutionen als Garanten für Frieden und Wohlstand für Alle dargestellt. Doch die Realität sieht anders aus. Unter den europäischen Institutionen werden demokratische Rechte abgeschafft, Militarisierung vorangetrieben und soziale Standards abgebaut.

Die großen europäischen Nationen benutzen die EU und den Euro um die Interessen ihrer Banken und Konzerne durchzusetzen und hinterlassen dabei eine Spur der sozialen Verwüstung in Europa. Griechenlands versuch eine sozialere Politik durchzusetzen und aus der Schuldenspirale auszubrechen wurde hart bestraft, Portugal muss jederzeit mit ähnlichen Maßnahmen rechnen, in Frankreich hat die neoliberale sozialdemokratische Regierung unter Hollande die französische Agenda 2010 unter dem Namen 'Loi Travail' per Dekret ohne parlamentarische Mehrheit trotz des heftigen Widerstands der französischen Arbeiterklasse durchgesetzt. Die herrschende Politik der Institutionen ist deutlich: Die Kosten der Krise werden Armen und Mittelschichten aufbürdet, während eine kleine Minderheit immer reicher wird.

Austeritätspolitik

Das deutsche Kapital dominiert den Euroraum, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. In Ländern wie Griechenland und Italien, Portugal und selbst in Frankreich führte diese Dominanz zu beschleunigter Deindustrialisierung. Gerade das Beispiel Griechenland zeigt, dass der Euro und die Europäische Union nicht zu Wohlstand für alle beitragen, sondern die Interessen von Banken und Konzernen im Fokus stehen. Die sogenannten Eurorettungspakete waren nichts weiter als Finanzhilfen für Banken. Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen durch einen weiteren Abbau sozialer Standards und Infrastruktur in allen Ländern der Europäischen Union. Nicht nur die Agenda 2010 Politik wird in andere Länder exportiert, sondern auch die Schuldenbremse.

Die Europäische Union steht für sogenannte Austeritätspolitik. Diese in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen und zu überwachen, ist derzeit ihre vorrangige Aufgabe. Dies geht einher mit einem Generalangriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Was in Frankreich unter dem Etikett "Reform des Arbeitsgesetzes" stattfindet, lief vor wenigen Jahren in Italien unter dem Label "Abschaffung des Art.18 des Arbeitsgesetzes", in Deutschland hatte die „Agenda 2010“ einen ähnlichen Effekt und in Griechenland wurden Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften regelrecht liquidiert.

Wir sind solidarisch mit den Kämpfen der Beschäftigten in Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien und allen anderen Ländern. Statt einer Politik im Interesse der Konzerne treten wir für soziale und ökologische Standards ein. Wir wollen mit den Menschen, die von der Verarmungspolitik der EU betroffen sind, gemeinsam erfolgreich gegen die herrschende Austeritätspolitik vorgehen. Der Kampf gegen die Austeritätspolitik ist ein Kampf für eine bessere und sozialere Währungsunion. Sollte sich der Euro aber als dauerhaft unvereinbar mit einer auf sozialen Ausgleich setzenden Politik erweisen, dann darf der Bruch mit dem Euro kein Tabu sein. Die Länder, die den € verlassen wollen, um eine progressive Sozial- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen, können sich auf unsere Solidarität verlassen.

Es scheint vielleicht so, dass die Wirtschaft in NRW von der deutschen Exportstärke profitiert. Aber tatsächlich leidet NRW unter der jahrelangen Vernachlässigung der Binnenkonjunktur. Löhne und Gehälter in Deutschland wie in NRW blieben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Durch die auf europäischer Ebene durchgesetzte Lohndumpingspirale wird der nötige Strukturwandel an Rhein und Ruhr erschwert.

Das Dogma der EU sind die im Lissabon-Vertrag für alle Ewigkeiten festgeschriebenen Marktfreiheiten um jeden Preis: Waren, Kapital, Dienstleistungen oder Arbeitnehmer. Eine notwendige Regulierung dieser Märkte wird abgelehnt.

Europaweite Ausschreibungen ohne ein durch klare soziale Standards abgesichertes Vergaberecht führen zu einem Unterbietungswettbewerb im Kampf um die größten Töpfe. Diese führen zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen den Mindestlohn im Tariftreue- und Vergabegesetz NRW und das Ruffert-Urteil gegen die Vorgabe von Tarifgittern bei Ausschreibungen sind Ausdruck einer EU-Gesetzgebung, die soziale Standards geringer bewertet als die Profitinteressen der Konzerne. Das bestehende €-Regime, also die Währungsunion mit den vertraglich verankerten Institutionen und Regeln des EZB-Eurosystems ist mit einer sozialen und demokratischen Entwicklung Europas unvereinbar. DIE LINKE ist daher bereit, den Euro als Gemeinschaftswährung in Frage zu stellen.

NRW in der EU

Auch schon ohne Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP wirkt sich die Politik der EU massiv auf die Lebenssituation der Menschen in NRW aus: Rund 80% der EU-Gesetzgebung beeinflusst direkt oder indirekt die Handlungsspielräume der Kommunen und auch des Landes NRW.

Negative Beispiele sind der Einsatz von Glyphosat, die erneut von der EU angestoßene Debatte zur Privatisierung des Trinkwassers und der Zwang zu EU-weiten Ausschreibungen.

Andererseits bietet die EU Fördermittel, ohne die NRW und viele Kommunen kaum mehr handlungsfähig wären.

Hierfür zwei Beispiele: der „Europäische Hilfsfonds für besonders von Armut betroffene Personen“ und das Programm „Starke Quartiere – starke Menschen“, das ohne Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds so kaum möglich wäre.

Aber die Vergaben von EU-Fördermitteln nach Wettbewerbsregeln lehnen wir ab. Die EU-typischen Projekte führen nicht zu nachhaltigen Lösungen.

Was tun?

- *Die Verwendung von EU-Fördermitteln in NRW auf nachhaltige Lösungen ausrichten*
- *Bundesratsinitiative, um negative Folgen der neoliberalen EU-Politik für das Land, die Kommunen und die Menschen vor Ort einzudämmen. Wir brauchen eine Neuaushandlung der EU-Verträge im Interesse der Mehrheit der Menschen statt der Konzerne*
- *Die Rechte des „Rats der Gemeinden und Regionen Europas“ stärken*

Der Brexit ist nur ein erstes Erdbeben, dessen Ursache eine EU und ein Währungsraum sind, die immer offensichtlicher Europa spalten, statt zu einen. Diese Entwicklung hat in Europa für erhebliche Unruhe gesorgt.

Nein zu TTIP, CETA und TISA

DIE DIENKE. NRW versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Durchsetzung der undemokratischen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Denn die Folgen werden auch das Land NRW und seine Kommunen treffen: Entscheidungen von Land und Kommunen können vor internationalen Schiedsgerichten/ Investorengerichten landen, wenn sie die Profitinteressen der Konzerne berühren. Dies betrifft konkret die Politik und das Leben vieler Menschen in NRW: Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge geraten noch stärker unter Ausschreibungsdruck als bisher. Zuschüsse für die öffentliche Daseinsvorsorge werden erschwert und der Liberalisierungsdruck steigt. Kommunale Hoheitsrechte wie die Organisationsfreiheit sind betroffen, dies vor allem aufgrund der weitreichenden Marktzugangs-, Nichtdiskriminierungs- und Investitionsschutzregeln. Maßnahmen der Kommunalpolitik, wie die Steuerung von Gewerbeansiedlungen, der Erhalt von Sparkassen oder der Mieterschutz könnten als TTIP-Verstöße unter Druck geraten. Das Tariftreuegesetz bei der öffentlichen Auftragsvergabe, das mit maßgeblicher Unterstützung der DIE LINKE NRW im nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet

werden konnte, stünde zur Disposition. Auch eine Rekommunalisierung des Gesundheitswesens käme unter die Räder, weil internationale Investoren durch die Freihandelsabkommen Bestandsschutz genießen würden. Zusätzlich sind Fracking-Verbot und Kohleausstieg in Gefahr.

CETA und TTIP schützen die 'legitimen Gewinnerwartungen' der Investoren wie es in den Vertragstexten heißt. Nicht geschützt werden die legitimen Erwartungen der Bürger*innen sauberes Trinkwasser trinken zu können oder den Schutz der Erdatmosphäre vor weiterer Erwärmung durch eine ökologische Energiewende mit Wind- und Sonne aufrecht zu erhalten. Jede Form staatlicher oder kommunaler Regulierung steht zur Debatte. Aus diesem Grunde unterstützt DIE LINKE NRW ausdrücklich die Volksinitiative gegen TTIP und CETA in NRW. Zwingen wir die Landesregierung zu einer klaren Kante gegen diese Abkommen.